Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 38.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,400.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 118. **Freitag** den 28. April 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die Berufsstatistik betreffend.

Als Vorbereitung für die am 5. Juni d. J. stattfindende allgemeine Berufszählung macht sich die Hinausgabe von **Grundstückslisten** nöthig. Auf diesen Listen sind alle auf dem Grundstück wohnhaften **Haushaltungsvorstände**, sämmtliche **Inhaber** von **Geschäftslocalen**, sowie alle **leerstehenden Wohnungen** und **Geschäftslocale** zu verzeichnen.

Die Listen werden durch legitimirte Boten unseres statistischen Bureaus in den nächsten Tagen an die hiesigen Grundstücksbesitzer bezw. deren Stellvertreter ausgehändigt und **acht Tage** nach der Ausfertigung wieder abgeholt werden.

Wir veranlassen die hiesigen Grundstücksbesitzer, diese Listen in der vorschriftsmäßigen Weise und binnen der genannten Frist auszufüllen und zur Abholung bereit zu halten. Säumige werden wir mit einer Geldstrafe bis zu 50 ℳ oder entsprechender Haft bestrafen.

Wir bemerken ausdrücklich, daß die durch diese Grundstückslisten erfolgende Erhebung, ebenso wie die am 5. Juni erfolgende eigentliche Zählung weder Steuerzwecken, noch polizeilichen, sondern ausschließlich statistischen Zwecken dient und daß deshalb auch etwaige bei **dieser** Gelegenheit zu unserer Kenntniß gelangende unterlassene Meldungen u. s. w. **nicht zu Strafen** Veranlassung geben werden.

Für die mit der Zählung zusammenhängenden Arbeiten haben wir unserem **statistischen Bureau**, welches mit der Ausführung der Zählung beauftragt ist, Diensträume im zweiten Stock des **Stadthauses** (Obstmarkt 3) angewiesen. Im Uebrigen befindet sich das statistische Bureau nach wie vor im dritten Stock des blauen Harnisch (Brühl 51).

Leipzig, am 21. April 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hasse.

Bekanntmachung.

Von dem Königlichen Hauptzollamt hier ist eine kleine goldene Damen-Savonette-Remontoiruhr mit Emaille in dunkelm Holzetui, welche in den Revisionsräumen des Hauptzollamtes aufgefunden worden ist, bei uns eingeliefert worden.

Man vermuthet, daß die Uhr beim Aus- oder Wiederverpacken eines Collos verloren worden ist und fordern wir den Eigenthümer der Uhr auf, sich bei unserer Criminal-Abtheilung zu melden.

Leipzig, am 26. April 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Richter. Dr. D.

Nichtamtlicher Theil.

Die Eröffnung des Reichstages.

In nicht allzu freudiger Stimmung werden die Reichsboten wiederum an die Arbeit gehen. Geschieht es doch mit der Aussicht auf eine lange mühevolle und dabei wenig ersprießliche Session, und dazu bei schon beginnender parlamentarischer Uebermüdung und früh hereinbrechendem Sommer.

Der Gedankengang und Plan, den der Reichskanzler mit Aufdrängung dieser Sommersession verfolgte, ist auch heute nicht klar. Den meisten der vorzulegenden Gesetzentwürfe hätte es nicht geschadet, wenn man ihnen noch etwas mehr Zeit zur Reife gelassen hätte, und so dringlich sind sie nicht, um ohne allen Verzug und ohne Rücksicht auf die wenig geeignete Jahreszeit in größter Hast erledigt werden zu müssen. Derjenige Gesetzentwurf aber, der im Mittelpuncte der ganzen Session steht, die Tabakmonopolvorlage, ist der überwältigenden Ablehnung im Reichstag so sicher, daß man sich fragen muß, zu welchem Zweck sich der Reichskanzler diese unvermeidliche Zurückweisung zuzieht. Daß er die Ablehnung des Tabakmonopols zum Anlaß einer Reichstagsauflösung nehmen wird, scheint uns eine ungerechtfertigte Unterstellung; denn unmöglich kann ein so scharfblickender Realpolitiker wie Fürst Bismarck sich darüber täuschen, daß das Project so unpopulair als möglich ist und, in den Mittelpunct einer Wahlbewegung gestellt, nur zu Gunsten der oppositionellen Richtungen wirken kann.

Ist aber, wie berichtet wird, im Bundesrath erklärt worden, das Monopol werde auch nach seiner Ablehnung durch den Reichstag nicht von der Tagesordnung verschwinden, so verstehen wir wirklich nicht, von welchen Ereignissen man sich die Möglichkeit einer Umstimmung dieses oder das Zustandekommen eines in der Monopolfrage willfährigeren Reichstags verspricht. Wir hoffen im Gegentheil, die bevorstehende Abweisung des Projectes im Reichstag wird dasselbe ein- für allemal zur Ruhe kommen lassen. Für das Monopol werden die Aussichten auch dadurch nicht günstiger, daß der Reichstag wiederum unter dem Gestirn der klerikal-conservativen Freundschaft zusammentritt, die soeben im preußischen Abgeordnetenhause durch das kirchenpolitische Compromiß frisch gekittet worden ist.

Einmal ist das Vorhandensein einer klerikal-conservativen Mehrheit überhaupt sehr zweifelhaft, sodann aber hat sich das Centrum zu entschieden gegen das Project verwahrt und selbst unter den Conservativen gehören viele zu den Gegnern. In andern Fragen mag die durch die Annäherungsbestrebungen zwischen Conservativen und Centrum beherrschte Lage wohl ihre Wirkungen äußern. Indessen hat die angebliche Uebereinstimmung der Regierung bezw. der Conservativen mit dem Centrum in den social-politischen Anlagen der Gegenwart, wenn man aus allgemeinen Redewendungen und Gesichtspuncten zu concreten Fragen überging, noch allemal sich als wenig haltbar herausgestellt, und was der Reichskanzler auf dem Gebiet der Arbeiterfürsorge erstrebt, könnte er, wenn er sich mit dem Kern und Grundgedanken begnügt und auf gewisse entbehrliche oder schädliche Zuthaten verzichtet, auch mit liberaler Hilfe erreichen.

Was auf dem Gebiet der Unfall- und Krankenversicherung der Reichskanzler vorschlägt und was die Liberalen erstreben, ist so unvereinbar nicht, um, wenn man lediglich die Sache im Auge hat, die Verständigung herbeizuführen. Indessen ist mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß auch diese Vorlagen mehr an der Ungunst der äußern Umstände und der Unreifheit der Regierungsvorschläge als an der innern Unvereinbarkeit der Gegensätze scheitern werden. Die Revision der Gewerbeordnung und des Zolltarifs allein aber kann doch auch für die Freunde dieser Vorschläge kein genügender Preis für die Mühen einer langen Sommersession sein. Wir fürchten, die Klagen, daß die gesetzgeberischen Arbeiten mit jedem Jahr mehr die Kräfte anspannen und dabei immer seltener ersprießliche Früchte tragen, werden durch diese Session neue Bereicherung erfahren.

Leipzig, 28. April 1882.

Zur **Präsidentenwahl im Reichstage** wird uns aus Berlin vom Mittwoch geschrieben: „Die erste Sitzung des Reichstags in seiner neuen Session wird verhältnißmäßig gut besucht sein. Alle Parteien haben an ihre Mitglieder die Aufforderung zu zahlreichem und rechtzeitigem Erscheinen ergehen lassen, und es rechtfertigt sich dieses Verlangen durch die vielfach gehegte Empfindung, daß wir vor einer „Session der Ueberraschungen" stehen, in welcher Jedem an seinem Platze die Pflicht obliegt, gegenüber unvermutheten und doch möglichen Ereignissen wachsam zu sein. Zwar die erste Handlung, die der Reichstag zu vollziehen haben wird, nämlich die Wahl des Präsidiums, entbehrt nach Lage der Sache des politischen Charakters; die stattgehabten Besprechungen unter den Parteiführern haben ergeben, daß der Wiederwahl des bisherigen Präsidiums (Levetzow, Frankenstein, Ackermann) kein sachliches oder politisches Hinderniß von irgend einer Seite entgegengestellt werden wird. Wenn trotzdem die Möglichkeit einer anderweiten Zusammensetzung des Präsidiums noch nicht ausgeschlossen ist, so liegt der Grund in der noch immer nicht behobenen Ungewißheit, ob der sächsische Conservative, Herr Ackermann, die Wahl zum zweiten Vicepräsidenten annehmen werde. Von Herrn von Levetzow glaubt man jetzt sicher zu sein, daß er sich dem ehrenvollen Rufe, den Präsidentenstuhl wieder zu besteigen, nicht versagen werde. Einen Augenblick hatte es geschienen, als ob derselbe den, wie verlautet, nicht begründeten Protest gegen seine Wahl, der von den Liberalen des Wahlkreises Königsberg in der Neumark eingegangen ist, zum Anlaß seines Verzichts zu nehmen geneigt sei. Wer indessen die weitherzige Latitude kennt, mit welcher unsere parlamentarischen Körperschaften die Wahlprüfungen hinauszuziehen lieben, der konnte diesen Grund von vornherein nicht als einen durchschlagenden gelten lassen. Von allen Conservativen, die als Präsidenten möglich sind, ist Herr v. Levetzow jedenfalls derjenige, dessen objectiver und urbaner Geschäftsleitung sich sämmtliche Parteien des Hauses am bereitwilligsten unterordnen möchten. Wie regelmäßig, wird sich übrigens morgen die erste Plenarsitzung des Reichstags unmittelbar an die Eröffnung durch Herrn v. Bötticher anschließen. Der Präsident des Abgeordnetenhauses hat dem Beginn der Reichstagssession insofern Rechnung getragen, als er die morgige Sitzung auf eine ungewöhnlich frühe Stunde (10 Uhr) anberaumte und auf die Tagesordnung nur ganz untergeordnete Gegenstände, wie Petitionen &c., setzte."

„Unter den Parteiführern des **Reichstags**, soweit sie gleichzeitig dem preußischen Abgeordnetenhause angehören, haben bereits vorbereitende Besprechungen über die geschäftliche Behandlung stattgefunden, welcher der Tabakmonopol-Entwurf zu unterziehen sein würde. Wenn über diese Besprechungen gemeldet wird, daß die Liberalen der commissarischen Vorberathung widerstreben, so ist das nur theilweise richtig. Die Fortschrittspartei und die Secessionisten allerdings lehnen es ab, den Entwurf in eine Commission zu verweisen, indessen auch sie sind zu diesem Entschluß erst nach längeren Erwägungen gekommen, in welchen es nicht übersehen wurde, daß die Verwerfung der Vorlage eine um so gründlichere sein würde, je mehr die genauere Prüfung die Unhaltbarkeit des Projects in allen seinen Einzelheiten dargelegt. Was dagegen die Nationalliberalen anlangt, so überwiegt bei ihnen die Meinung, daß die principielle Gegnerschaft gegen das Monopol nicht von der Pflicht gründlichster Vorberathung in der Commission entbinde. Es ist nach alledem anzunehmen, daß die Verweisung des Monopol-Entwurfs an eine Commission das Wahrscheinlichere sein werde. Wenn sich die Anhänger des Projects dies als einen Erfolg anrechnen wollen, so kann man ihnen die kleine Genugthuung mit Seelenruhe gönnen.

In **Wien** ist es im **deutsch-österreichischen akademischen Leseverein** gelegentlich einer Wahlbesprechung zu argen Scenen gekommen. Die beiden Parteien jenes Vereines, die deutsch-nationale und deutsch-österreichische, stehen sich schon längere Zeit äußerst gespannt gegenüber, und so kam es, daß bei jener Wahlbesprechung beide Parteien hart aneinander geriethen. Da es beinahe zu thätlichen Angriffen kam, so sah der anwesende Polizeibeamte sich veranlaßt, die Versammlung aufzulösen.

Die **Slavisirung Oesterreichisch-Schlesiens** ist in beiden nationalen Clubs der Rechten des Abgeordnetenhauses abermals Gegenstand von Verhandlungen geworden. Vor zwei Jahren hat der seither verstorbene Abgeordnete Tyszkowski zu höchst ungelegener Zeit diese Angelegenheit in Anregung gebracht, und Czechen sowohl als Polen glauben sich jetzt bemüßigt, mit der auch ihnen nichts weniger als willkommenen Erbschaft aufzuräumen. Es wird speciell der Abgeordnete Chelmecki genannt, welcher gegenwärtig an die Stelle Tyszkowski's getreten ist und eifrige Studien „in Wien sowohl als in Schlesien selbst" pflegt. Man ist indessen zu der Einsicht gelangt, daß in einem dreisprachigen Lande die Frage der sogenannten Gleichberechtigung denn doch nicht so glatt gelöst werden könne, als gewisse Idealisten und Chauvinisten der Rechten es sich träumen lassen. Beweis dafür, daß es sowohl im czechischen wie im polnischen Club lebhafte Debatten gab. Die Majorität neigte zuerst der Ansicht hin, es wäre für Schlesien eine Sprachenverordnung in dem Sinne zu erlassen, daß in Ostschlesien (Teschen) die polnische, in Westschlesien (Troppau) die czechische als landesüblich erklärt werde. Dagegen haben nun die Czechen wieder Bedenken, indem sie darauf hinweisen, daß es auch in Ostschlesien viele czechische Gemeinden gebe. Im Czechenclub beantragte der Abgeordnete Mattusch, man möge ein Sprachengesetz für das ganze Reich mit Ausnahme Galiziens und Südtirols verlangen, welcher Antrag jedoch nicht die gehörige Unterstützung fand. Die ganze Frage befindet sich jetzt in Schwebe, doch werden zwischen den beiden Gruppen die Verhandlungen fortgesetzt.

In **Laibach** ist die slavische Agitation in ein neues Stadium getreten. Die Slovenen agitiren jetzt für die Bürgermeisterwahl, die in acht Tagen stattfindet. Die Deutschen werden durch alle möglichen Mittel, Kündigungen geschäftlicher Verbindungen, Drohbriefe u. dgl. eingeschüchtert. Leider besitzen die Deutschen in ganz Krain kein journalistisches Organ, welches ihre Interessen vertreten könnte. Wie die Dinge stehen, dürften leider die Slaven die Wahl ihres Bürgermeister-Candidaten Grasselli durchsetzen, der halb Italiener, halb Slave ist.

Aus **Raab**, welche Stadt fast eine völlig deutsche ist, geht die Nachricht ein, daß auch dort einige nationale Gestalten aus Pest aufgetaucht sind, welche für einen „Protest" gegen den deutschen Schulverein „Stimmung" zu machen beabsichtigen. Einen jener Agenten, Namens Kerestzury, der in Pest Ministerialbeamter sein soll, bearbeitet in Raab zumal die deutschen Kleinbürger, Gewerbsleute und Arbeiter, deren geringe politische Bildung ihm selbstverständlich erlaubt, den guten Leuten die größten Räubergeschichten zu erzählen. So behauptet Kerestzury allen Ernstes, der Deutsche Schulverein in Berlin sei nur ein „verkapptes preußisches Agitations-Comité", das die „Annexion Ungarns an Preußen" vorzubereiten hätte. Die österreichische Regierung sei mit dieser Annexion ganz einverstanden, weil Fürst Bismarck jener statt Ungarn die ganze europäische Türkei sammt Serbien und Bulgarien angeboten habe! — Diesen Blödsinn hören die Raaber Pfahlbürger mit offenem Munde an und wirklich ist es schon gelungen, einige derselben gegen den Deutschen Schulverein in Harnisch zu bringen. Wenn also demnächst auch in Raab ein „Protest" gegen den Deutschen Schulverein vom Stapel gelassen werden sollte, so wird man wissen, was man davon zu halten hat.

Wie aus Pest gemeldet, nimmt **das ungarische Abgeordnetenhaus** seine durch die abgelaufene Delegationssession unterbrochenen Sitzungen Sonnabend wieder auf. Verschiedene Beschlüsse der ungarischen Delegation dürften im Abgeordnetenhause zu heftigen Auseinandersetzungen führen. „Egyetertes" kündigt bereits einen Scandal an, „wie er noch nie in einem Parlamente" vorgekommen. Auch die gemäßigte Opposition wird, wie „Naplo" versichert, der Regierung und ihrer Partei unverblümt die Wahrheit sagen. „Naplo" fordert auch die „gesammte ungarische Nation" auf, sie möge gegen die Fortsetzung der bisherigen Occupationspolitik energisch protestiren und überall im Lande Volksversammlungen veranstalten, die jenem Proteste Ausdruck geben sollen. — Man darf also immerhin auf die nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses gespannt sein.

Im kroatischen Landtag, dessen Majorität zur Fahne der „Alen" Ungarn schwört, vergeht jetzt fast keine Sitzung ohne Scandal. Es wird nicht allein mit Worten, sondern sogar mit — Pistolen demonstrirt. So entgegnete gelegentlich des Voranschlags über die Landesfonds Sectionschef Zivkowitsch auf die beschimpfenden Aeußerungen Startschewitsch's gegen die halbamtliche „Agramer Zeitung" mit einer Anspielung auf gewisse zweideutige Beziehungen des Vorredners zu Baron Rauch. Startschewitsch wollte hierauf zu persönlicher Entgegnung das Wort ergreifen, wurde aber vom Präsidenten, welcher in der Aeußerung des Sectionschefs keine Beleidigung fand, daran gehindert. Da rief Startschewitsch: „Nun, wenn es hier nicht gestattet ist, seine Ehre zu rechtfertigen, so werden die Pistolen sprechen." — Diesen Worten folgte ein furchtbarer Tumult, der den Schluß der Sitzung beschleunigte.

Nach einer Depesche aus **Wien** wurde bei Zelenika (südwestlich Crkvice) am 23. d. eine Abtheilung, welche zum Wasserholen commandirt war, von **Insurgenten**, die über Bajum gekommen waren, aus Hinterhalten beschossen. Hierbei wurden vier Mann schwer verwundet. Die Bedeckungsmannschaften vertrieben, unterstützt durch herbeigeeilte Abtheilungen der Feldwachen, nach kurzem Gefechte die etwa 30 Mann starke Insurgentenabtheilung. Am 15. und 22. d. wurde das Terrain zwischen Trebinje, Ljubinje, Nevesinje und Gacko von 26 neben einander vorrückenden Compagnien durchstreift, wobei kleinere Insurgentenbanden bis zu 50 Mann stark bei Koseindol, Krstac und auf der Baba Planina zersprengt wurden. Die Insurgenten verloren mehrere Todte und Verwundete, sowie Lebensmittel und Munition; 7 Insurgenten wurden gefangen. Die Truppen hatten keine Verluste.

Aus **Brody** wird geschrieben, daß in Folge der jüngsten Gewaltthaten gegen die Juden in den südrussischen Provinzen viele Brodyer Handelsfirmen ihrer Verbindungen mit den südrussischen Handelsplätzen verlustig wurden. Das Entsetzen über die jüngsten Vorgänge in jenen Provinzen ist nämlich unter der jüdischen Bevölkerung so groß, daß viele Handelshäuser ihre Geschäftsoperationen eingestellt und mit ihren Familien ihre Wohnorte eilends verlassen haben. Daß unter solchen Umständen Handel und Verkehr überall ins Stocken gerathen, ist selbstverständlich nicht zu verwundern.

Man meldet aus **Rom**: „Die öffentliche Sicherheit ist in verschiedenen Theilen **Italiens** wieder so ernstlich bedroht, daß Presse und Parlament sich nun der Frage bemächtigen, und bei der Regierung auf energische Maßregeln dringen. Den sensationellen beiden Aufhebungen auf Sicilien sind andere Ausschreitungen in der Romagna gefolgt, welche die dortige Bevölkerung in nicht geringe Angst versetzen. Die Abgeordneten der Romagna aller Parteien haben deshalb bei Depretis Audienz genommen, um der Regierung die Beschwerden und Wünsche ihrer Landsleute auseinanderzusetzen. Diese Wünsche laufen im Wesentlichen auf eine Verschärfung des Sicherheitsdienstes und eine erhebliche Vermehrung der Gensdarmen hinaus."

Am Mittwoch um 8 Uhr Morgens hat zu Rom die Trauung der Comtesse Anna Pecci, der Nichte des Papstes, mit dem Grafen Canali in der Privat-Capelle des Cardinals Pecci im Palazzo Barberini, dem Sitze der berühmten Galerie, stattgefunden. Anwesend waren ungefähr 20 Personen der ultramontanen Aristokratie. Man erschien in strengem Incognito; Damen, Herren, Dienerschaft, Wagen und Pferde, Alles war schwarz; nur die Braut war in einer weißen, mit Myrthen und Orangenblüthen geschmückten Robe erschienen. Cardinal Pecci hielt eine Trauungsrede von den schweren Zeiten, welche anregen sollten, um so christlicher zu leben. Nach der Trauung wurde der Braut das Geschenk des Papstes überreicht, ein kostbarer Diamantenschmuck; Jacobini verehrte einen Perlenschmuck im angeblichen Werthe von 100,000 Lire. Alle Welt ist gespannt, ob das Brautpaar auch die Civiltrauung vornehmen lassen wird, da in Italien bekanntlich die bloße kirchliche Ehe als Concubinat gilt.

Man theilt der „N. F. P." aus **Kairo** folgendes Schreiben mit, welches der Kriegsminister **Arabi Pascha** an den egyptischen Preßleiter gerichtet hat:

„Anläßlich der Ankunft einer Prinzessin und Gattin des Ex-Khedive Ismail Pascha in Alexandrien verbreitete man von betheiligter Seite das Gerücht, daß der Kriegsminister und die Officiere der Armee dem Aufenthalte dieser Person in Egypten günstig gesinnt seien. Dieses Gerücht wurde mit einer solchen Bestimmtheit propagirt, daß man es ernst nehmen konnte. Ich halte es für opportun, diese Gerüchte sowohl in meinem Namen, als im Namen der Officiere und selbst der gemeinen Soldaten der egyptischen Armee ganz entschieden zu dementiren. Die Armee ist allgemein in Uebereinstimmung mit dem Volke gegen die Rückkehr irgend einer Person ohne Unterschied des Ranges oder Geschlechtes, die seitens des Ex-Khedive erscheinen sollte, weil Nation und Armee schon im Voraus überzeugt sind, daß dies von großem Uebel für das Land wäre. Ich fordere Sie auf, diesem Schreiben die größtmögliche Verbreitung zu geben, damit man die Wahrheit erfahre und damit jeder Zweifel verschwinde.

Der Kriegsminister Ahmet Arabi.

Die Judenverfolgung in Rußland.

Die Osterzeit ist in Rußland von einem barbarischen Pöbel mit Greuelthaten gefeiert worden, wie sie bei uns im Westen glücklicher Weise seit Jahrhunderten nicht vorgekommen sind und auch nie mehr vorkommen können. Wir wünschten nur, die Berichte, die uns die neuesten Greuelthaten des russischen Antisemitismus schildern, wären übertrieben; sie scheinen es aber nicht zu sein. Man bedenke, was es heißt, wenn eine blühende und volkreiche Stadt zu vier Fünfteln niedergebrannt wird; wenn man 30 Todte und 300 Verwundete zählt und wenn sämmtliche bewegliche Habe der Getödteten, Verwundeten und Mißhandelten geraubt worden ist. Und nicht aus einer einzigen Stadt — aus mehreren Orten kommt die Nachricht, daß in solcher unmenschlichen Weise gehaust worden ist. In Balta sind, wie gemeldet wird, von den Häusern, welche jüdische Eigenthümer hatten, nur 15 stehen geblieben. Ja noch gestern mußten wir melden, daß in Camenetz-Podolsk die jüdischen Häuser niedergebrannt wurden und ein Schaden von einer Viertelmillion angerichtet worden ist. Die schändlichsten Gewaltthaten gegen Frauen sind nach den Berichten überall verübt worden und sogar kleine Kinder befinden sich unter den Verwundeten.

Man fragt billiger Weise: Befindet sich dieses Rußland denn noch im Urzustande, daß solche Greuel tagelang fortgesetzt werden können, ohne daß irgend eine Autorität erscheint, um ihnen Einhalt zu thun? Haben wir es in Rußland mit einem geordneten Staatswesen oder mit einem nach Art der Nomadenvölker eingerichteten Gemeinwesen zu thun? Nun, wie es scheint, hatte das Militair gar keinen Befehl, mit Waffengewalt einzuschreiten. Schon am zweiten Tage war Militair in genügender Anzahl vorhanden, um die Plünderer zu Paaren zu treiben, aber es sah sich die Sache ganz ruhig mit an, bis endlich der durch falsche Nachrichten getäuschte Gouverneur herbeieilte und den Greueln ein Ende machte. Als der Pöbel in der Stadt Balta zu plündern begann, sandte man an die Landgemeinden angeblich um Hilfe. Statt dieser Hilfe strömten Schaaren von Bauern herbei, welche die Plünderer thatkräftigst unterstützten, so daß die Sache allerdings den Anschein eines von langer Hand vorbereiteten Complottes hat, bei dem sich wie es scheint einzelne behördliche Personen mit dem mord- und raublustigen Pöbel im Einverständniß befanden.

Man kann sich unmöglich denken, daß eine solche Bewegung ganz plötzlich aus dem Boden herauswächst und auch einen solchen Umfang annimmt. Dazu gehört doch ein äußerer Anlaß, welcher Art er auch sei. Es mag in Rußland Leute geben, die den verdummten Bauern einreden, die Juden seien an allem Unglück schuld, das über Rußland gekommen; sie seien schuld an der elenden Lage der russischen Bauern und vielleicht auch an den schlechten Ernten oder an dem russisch-türkischen Krieg und an dem Nihilismus. Die Bauern mögen daran glauben; anders aber jener verdorbene Pöbel der Städte, der sich auf Jeden stürzt, den er glaubt berauben zu können und dem es ganz gleichgiltig ist, ob er es mit einem polnischen Juden oder einem deutschen Christen zu thun hat.

Aber die Gedanken müssen doch erst in die Masse geworfen worden sein; man muß den Judenhaß erst in ein System gebracht haben, bevor solche entsetzlichen Früchte zum Vorschein kommen konnten. Die Anregung ist in Rußland von oben herab gekommen. Hat man nicht schon Monate lang die Juden aus ihren Wohnplätzen vertrieben? Hat man nicht eine Menge gehässiger Ausnahmemaßregeln gegen sie angewendet? Hat man sie nicht in ihrem Gewerbe gestört und ihnen vielfach die Grundlagen ihrer Existenz entzogen? So bekam es den Anschein, als ob die Juden in gewisser Beziehung in Rußland rechtlos wären, was sie in der That auch sind und der Pöbel stürzte sich über sie und über ihr Eigenthum her. So bilden die Gewaltthaten, die der Pöbel und die Bauern verübt haben, nur das Gegenstück zu den administrativen und polizeilichen Verfolgungen, welche die Juden erfahren mußten.

Möge man im Westen nicht übersehen, daß, nachdem einmal die Scheu gebrochen, derartige Dinge in Rußland wie eine ansteckende Krankheit um sich greifen können. Wenn man heute die Juden mißhandelt und beraubt hat — dasselbe kann morgen den Deutschen, übermorgen anderen Fremden geschehen, wenn die Beutegier und der Haß ihre Aufmerksamkeit auf sie richten. Die Behörden werden ebenso wenig rettend und schützend zur Stelle sein, wie bei den Juden. Also — videant consules ehe es zu spät ist.

Preußischer Landtag.

** Berlin, 26. April. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die zweite Berathung des Gesetzentwurfs über die Eisenbahnräthe fort und zwar bei dem fortschrittlichen Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Eisenbahn-controlcommission, dessen Ablehnung die Commission beantragte. Abg. Büchtemann vertheidigte die vorgeschlagene Einrichtung, die nicht einen Eingriff in die Verwaltung bezwecke, sondern nur dem Landtag die Kenntniß des sachlichen Materials vermitteln und ihm die Ausübung seines Controlrechts ermöglichen wolle. In ähnlicher Weise sprach sich Abg. E. Richter aus, nachdem Abg. v. Quast von conservativer und die Abgg. Hammacher und v. Eynern von nationalliberaler Seite die dem Vorschlag entgegenstehenden Bedenken entwickelt hatten, der Erstere hob die Schmälerung der Kronrechte hervor, welche dieser Eingriff in die

SLUB
Wir führen Wissen.